

# „Was sagen Sie da?“

**SPÖ** Wien ist vorbildlich verwaltet. Oder? Bürgermeister Michael Häupl über teure Kindergärten, eingeschüchterte Ärzte, giftige Kanäle, das Prater-Desaster und die Zukunft der Wissenschaftsstadt Wien. **FLORIAN KLENK und BARBARA TÓTH**

**R**untergekühlt und leise ist es im Bürgermeisterbüro, das so groß ist, dass es auch als Rittersaal durchgehen würde. Häupls Fiakerimage hat zuletzt Kratzer bekommen, die angeblich mustergültig verwaltete Stadt bietet der Opposition plötzlich eine Angriffsfläche. Hier nimmt er zu vielen Vorwürfen Stellung.

**Falter:** Herr Bürgermeister, wir wollen über Familie und Politik reden. Waren Sie im Kindergarten?

**Michael Häupl:** Ich habe meine Kindheit im Dorf verbracht, in Sankt Christophen in Niederösterreich. Beide Eltern waren Lehrer. Ich bin bei meinen Großeltern aufgewachsen. Mein Großvater war pensionierter Lehrer. Ich lernte also frühzeitig lesen, schreiben und rechnen.

*Sie waren also in einem privaten Kindergarten mit einem Betreuungsverhältnis von eins zu eins.*

Zwei zu eins. Die Großmutter gab's auch. Es war wahrscheinlich der beste Kindergarten der Welt.

*Die Familie ist der beste Kindergarten?*

Das will ich damit nicht sagen. Aber damals gab es keinen anderen.

*Wieso sind Kindergärten in Wien nicht schon längst gratis?*

In Wien tragen jene, die es sich leisten können, etwas bei. Für die anderen ist er heute schon gratis.

*Eine mittelständische Familie mit zwei kleinen Kindern zahlt fast 600 Euro für den Kindergarten.*

Wir haben die Grenze für den kostenlosen Bezug schon angehoben. Grundsätzlich halte ich es für sozial gerecht, dass Besserverdiener Beiträge für eine Gemeinschaftseinrichtung liefern. Der Deckungsgrad der Kindergartenbeiträge in Wien liegt bei zwölf Prozent.

*Viel ist das nicht. Was spricht dagegen, es gratis zu machen?*

Gar nichts. Man kann auch die Straßenbahn kostenlos machen, man kann alles gratis machen. Doch das widerspricht meinem Verständnis von sozialer Gerechtigkeit.

*Ein Studienplatz kostet pro Semester 363 Euro, darüber diskutiert die halbe Welt. Die Schule ist gratis. Aber der Kindergarten kommt je nach Einkommen umsonst oder teuer – wo ist da die politische Gerechtigkeit?*

In dem Moment, wo der Kindergarten verpflichtend wird, soll er gratis werden. So, wie es jetzt mit dem Vorschuljahr für Fünfjährige der Fall ist.

*Die ÖVP fordert nun die Absetzbarkeit von Kinderbetreuungsausgaben. Sind Sie dafür?*

Ja, wenn man das Problem gelöst hat, was mit jenen passiert, die keine Steuern mehr zahlen und daher folgerich-



„Man kann alles gratis machen. Den Kindergarten und die Straßenbahn. Doch das widerspricht meiner Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit“ / Fotos: Heribert Corn

tig nichts zum Absetzen haben. Die ÖVP betreibt da reine Klientelpolitik. Schauen wir uns die gesellschaftliche Realität an: Verkäuferinnen im Großhandel, alleinerziehende Mütter ...

*... die bekommen den Gratiskindergartenplatz der Stadt Wien.*

Das ist ein schlaues Argument. Wenn man keine Steuern hat, hat man nichts zum Absetzen. Wenn man etwas geschenkt kriegt, braucht man auch nichts absetzen können. Aber da gibt es noch etwas dazwischen, und darauf muss man auch schauen.

*Bleiben wir bei der Familie. Im „Standard“ sagten Sie. Sie wollen türkischen Vätern, die ihren Töchtern den Schulbesuch verweigern, die „Ohrwaschln ausreißen“. Wie repräsentativ ist diese Problemgruppe?*

Es ist eine sehr kleine Gruppe. Ein wirklich größeres Problem haben wir mit jenen, die als Jugendliche zu uns kommen, nicht mehr unter die Schulpflicht fallen, nicht Deutsch können und am Arbeitsmarkt keine Chance hätten, wenn sie arbeiten dürften – und die sich meistens in ihren Cliquen nach außen hin abschließen.

*Die vielzitierte Parallelgesellschaft?*

Ich rede von etwa 400 Jugendlichen. Zum Vergleich: Wir haben 37.000 in der Türkei geborene, 47.000 Serben, dazu kommen 100 verschiedene andere Nationen. Die allermeisten leben hier sehr friedlich und wollen einen Aufstieg erleben.

*Gerade das schaffen die meisten Migranten nicht. Liegt das am Islam, an den autoritären Familienstrukturen – oder hat die Stadtpolitik nicht doch versagt?*

Die Stadt ist sicher nicht dafür verantwortlich, dass nicht aus jedem Tellerwäscher ein Millionär wird. Das ist einfach kindisch. Der Zugang zu höherer Bildung ist mit Geld verbunden – und das haben viele Zuwanderer nicht. Mit der Religion hat das sicherlich nichts zu tun.

*Wie weit muss man als Stadtvater dem Islam entgegenkommen? Die Bäderverwaltung will nun Burkinis, Ganzkörperbadeanzüge für gläubige Muslime, erlauben. Nacktbaden in der Lobau war einst eine Errungenschaft des Roten Wien.*

Aber es wurde niemand gezwungen, nackt zu baden.

*Viele Muslima werden gezwungen, einen Burkini zu tragen.*

Man wird auch viele Katholiken finden, die eher der Bademode des vorvergangenen Jahrhunderts zugeneigt sind. Ich will keine Diskussion über Schleier, Kreuze oder die Kippa. Da soll jeder tragen, was er will.

*Auch die Lehrer?*

Auch die Lehrer.

*FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache ist Ihnen auf den Fersen. Vor drei Jahren wollten Sie „mit dem Zahn-*



stocher“ gegen ihn fechten. Haben Sie ihn unterschätzt?

Er ist ein ernstzunehmender Gegner, keine Frage. Er ist ein mindestens so kerniger Deutschnationaler, wie es Jörg Haider war. Er ist aber auch flexibler, vor allem was das Verhältnis zum Katholizismus betrifft.

Wo nehmen Sie ihn ernst?

Beim Aufhetzen, Hass streuen, Ausgrenzen und bei seinem Rassismus. Viele Wiener wollen Ausländer einfach nicht, vor allem in ihrer Wohnumgebung. Damit muss man sich auseinandersetzen. Das werden wir auch tun.

Im Vergleich zu anderen Hauptstädten ist Wien ein funktionierender Melting Pot. Wenn ein Marmensch die Zeitungen liest, bekommt er den Eindruck, dass die Gemeindebauten brodelnde Ausländerghettos sind ...

... das sagt ÖVP-General Hannes Missethon, ein Steirer, der sich noch nie in die Vorstadt verirrt hat.

Warum wirbt die Stadt nicht offensiver damit, dass hier die Integration im Wesentlichen gelingt? Angst vor heiklen Themen?

Mag sein, dass es weniger auf Plakaten hängt. Aber es ist permanent Gegenstand meiner Diskussion.

Herr Bürgermeister, wechseln wir zur Medienpolitik. Haben Sie heute schon Ihre Parteizeitungen gelesen?

Wovon reden Sie?

Von der „Krone“.

Die gehört nicht der SPÖ.

Seit Wochen finden sich dort überschwängliche Lobeshymnen für Werner Faymann oder, letztes Wochenende, für Sie.

Ich habe ein Interview gegeben, übrigens das erste in diesem Jahr. In einer Parteizeitung käme ich öfter vor.

Wenn Sie so eine Häupl-huldigende „Krone“-Doppelseite aufschlagen, ist Ihnen das nicht auch ein wenig unangenehm ...

Nein, ich freue mich! Zu meinem Geburtstag schaffte ich es aufs Titelblatt der Krone und des Falter. Das nenne ich Bandbreite.

Stimmt. Allerdings würden Sie dem „Falter“ nie einen Brief schreiben, in dem Sie eine Änderung Ihrer Europapolitik ankündigen.

Ich würde meine Politik grundsätzlich nicht in Leserbriefen kommunizieren. Inhaltlich stimme ich dem Brief aber zu. Ich bin für eine Volksabstimmung über einen EU-Vertrag, aus einem ganz pragmatischen Grund: Das einzige Mal, als sich die politische Führung breit mit der Bevölkerung über Europa auseinandergesetzt hat, war vor der Volksabstimmung zum EU-Beitritt. Nachher hat man es nicht mehr wirklich getan. Offensichtlich brauchen wir diese Herausforderung.

Das ist doch ein Armutszeugnis für die politische Klasse. Sie ist unfähig, uns Europa zu kommunizieren, also machen wir eine Volksabstimmung?

So haben früher die Konservativen gegen Formen direkter Demokratie argumentiert.

Stellen Sie sich vor, wir hätten 1989 das Volk darüber abstimmen lassen, ob der Ostblock Teil der Union werden soll. Was wäre herausgekommen? Ein Nein.

Da bin ich mir nicht sicher.

Ist die EU nicht auch deshalb erfolgreich, weil sie postdemokratische Elemente hat.

Ich würde es eher prädemokratisch nennen. Wenn Europa erfolgreich sein will, braucht es ein anderes Verhältnis zwischen Kommission, Rat und Parlament, gerade angesichts von 27 oder möglicherweise noch mehr Nationalstaaten. Das muss man neu definieren und den Bürger miteinbeziehen.

Beispiel Irland: Das Land profitierte unglaublich von der EU, aber bei der Abstimmung votierten die Iren mit Nein.

Da ist argumentativ offenbar etwas passiert.

Zurück zum SPÖ-Brief. Warum also biedert sich die SPÖ der „Krone“ in so elementaren Fragen an?

Das ist doch völliger Blödsinn. Da haben Alfred Gusenbauer und Werner Faymann etwas gemacht, was einer – Faymann – ohnehin schon als Fehler betrachtet. Formal ist es auch ein Fehler gewesen, diese Sache mit einem Brief an die Krone zu diskutieren.

„Krone“-Chef Hans Dichand schildert es anders. Er schreibt, Sie hätten ihn angerufen und versichert, hinter dem Brief zu stehen.

Ich stehe inhaltlich ja auch hinter dem Brief, und das habe ich ihm persönlich gesagt, nicht am Telefon.

Muss man Dichand nachrennen?

Lassen Sie die Kuh im Stall! Diese Kronen Zeitungs-Angst kenne ich nur vom Molterer-Willi. Die Krone ist ein ganz normales Medium.

Normal? Angela Merkel würde ihren Schwenk in der EU-Politik nicht in der „Bild“ ankündigen.

Reiten Sie auf dem missglückten Leserbrief nicht herum.

Zurück zur Streitkultur. Es fällt auf, dass die meisten Wiener Medien der Stadtregierung nur noch huldigen.

Was sagen Sie da? Ich muss in einer anderen Stadt leben.

Viele beklagen, das rote Wien dürfe man nicht mehr öffentlich kritisieren. Beispiel Psychiatrie.

Im derzeit tagenden U-Ausschuss sagen Ärzte, sie trauen sich nicht mehr, Missstände zu benennen, aus Angst, abgesetzt zu werden.

Das erzählt Ihnen vielleicht irgendeine Grüne! Das ist sicher nicht so. Ich habe noch nie jemanden sanktioniert! Schon gar keinen Arzt.

Der abgesetzte Pflegeombudsman Werner Vogt, ein kritischer Geist, würde das wohl anders sehen.

Mag sein. Wahrscheinlich ist er unglücklich, weil er mit 66 Jahren in Pension gehen musste.

Ist die Psychiatrie in Wien reformbedürftig? Der Kinderpsychiater Max Friedrich übt schwere Kritik am System. Er sagt, es gebe zu wenig Betten und Ärzte. Die Stadt habe versagt.

Es gibt vieles, was verbesserungswürdig ist. Ich schätze Friedrich und werde mich mit ihm zusammensetzen. Aber sicher nicht im Wahlkampf.

Herr Bürgermeister, würden Sie eigentlich einen Schluck Donaukanalwasser riskieren?

Nein, natürlich nicht. Aber das hat man noch nie trinken können.



## Zur Person

Michael Häupl ist seit 14 Jahren Wiener Bürgermeister und will bei den kommenden Gemeinderatswahlen 2010 wieder antreten – trotz Nachfolgespekulationen. Der 59-Jährige regiert mit absoluter Mandatsmehrheit, auch wenn er bei den letzten Wahlen „nur“ 49,1 Prozent der Stimmen bekam. Häupls Sozialisation ist untypisch. Aus einem konservativen Lehreraushalt stammend, studierte er Biologie und stieß über die Hochschulpolitik zur SPÖ.

Ein Krebspezialist rügte im „profil“, er habe im Donaukanal krebs-erregende Stoffe gefunden und an Sie geschrieben. Ohne je Antwort erhalten zu haben.

Jetzt sag ich Ihnen was: Wenn mir einer einen Brief schreibt – ohne Beilagen – und auf sechs Jahre alte Untersuchungsergebnisse verweist und dann böse ist, dass es fünf Monate braucht, bis er eine Antwort kriegt, dann spricht das für sich. Er hat sich um einen Auftrag bemüht. Dass hier irgendetwas vertuscht worden wäre, ist wirklich absurd!

## „Würden Sie da Wasser aus dem Donaukanal trinken?“ – „Nein, natürlich nicht!“

Stimmen seine Vorwürfe?

Das weiß ich nicht. Wir lassen das ja gerade untersuchen.

Der Donaukanal sieht auch am Ufer ziemlich trist aus. Wieso geht da nichts weiter?

Es ist wirklich schwierig, hier Investoren zu bekommen.

Wien mag offenbar seine urbanen Flussufer nicht. Auch die Copa Kagrana sieht abgeschnuddelt aus.

Die Copa Kagrana ist abgeschnuddelt?! Das können Sie doch nicht ernsthaft sagen. Dort amüsieren sich jedes Wochenende 25.000 Wiener.

Es sieht dort aus wie in Bukarest.

Man liest, dass sich dort etwas ändern soll.

Ja, wir werden die Lokale modernisieren und freundlicher gestalten.

Kommen wir zum Prater. Auch der wurde ja gerade „freundlicher“ gestaltet. Wie gefällt Ihnen das neue Entree aus Sichtbeton und Styropor?

Das ist eine Geschmacksfrage. Ich bin nicht Mitglied der maria-theresianischen Geschmackspolizei.

Politisch kann Ihnen das von Vizebürgermeisterin Grete Laska zu verantwortende Desaster rund um den Eingangsbereich aber nicht egal sein. Den Firmen droht die Pleite, die Stadt, die das Areal durch stadtnahe Firmen umbauen ließ, putzt sich ab.

Das ist mir nicht egal. Ich verstehe auch nicht, wieso man alles so kompliziert geregelt hat.

Vielleicht um Ausschreibungsbedingungen zu umgehen und Freunde der Stadtregierung zu begünstigen?

Unsinn! Ich habe den Eindruck, dass man es so organisiert hat, weil man hoffte, die Sache günstiger zu bewerkstelligen. In Zukunft müssen wir so etwas einfach selber machen, dann hätten wir uns diese Zores erspart.

Im „trend“ stand zu lesen, dass der Prater-Auftragnehmer ein Studienfreund von Ihnen war. Er hätte sie angerufen und gesagt: „Michl, hast net an Auftrag für mich?“

Das ist ein Blödsinn. Es ist das tägliche Brot meiner Mitarbeiter, dass Leute anrufen und sagen, dass Sie mit mir in der Schule waren. Meine Schulklasse muss schon 2000 Mitschüler zählen. Ich habe nie ein Telefonat mit diesem Herrn geführt.

Wer trägt nun die Verantwortung für 15 Millionen Euro versickertes Steuergeld?

Ich glaube nicht, dass das Geld versickert ist. Wir werden sicher nicht zuschauen, wenn kleine Unternehmen den Bach runtergehen.

Herr Bürgermeister, wo liegt die Zukunft der Stadt?

Wir müssen vor allem in Sachen Wissenschaft und Forschung viel investieren. Erste Erfolge gibt es: Ich nenne hier das Projekt „Vienna Biocenter“ in der Bohrgasse. Oder das Vienna Institute for Bioengineering and Technology in der Muthgasse.

Ist München Vorbild?

Nein, das ist kein Vorbild mehr. Wir werden München in ein paar Jahren überholen. Großbritannien ist spannender. Weil hier die Schnittstelle von Wissenschaft und Wirtschaft sehr viel effizienter organisiert ist.

Blick zum Nachbarn: Bratislava, Prag, Krakau, Maribor – diese geografisch sehr nahen Städte liegen noch immer sehr fern, weil die Verkehrsinfrastruktur fehlt.

Die ÖBB haben hier vieles für die Ostregion entwickelt. Ich hoffe, dass die Projekte halten – etwa die Anbindung des CAT an den Flughafen Bratislava. Der Zugausbau ist das größte Problem. Die Strecke Prag-Dresden-Berlin dauert noch viel zu lange. Ebenso der Korridor Budapest-Koper, das ist die aufstrebende Hafenstadt an der Adria. Da könnte man noch vieles erwähnen. Hier gibt es nur Absichtserklärungen. Da geht nichts weiter.

Woran liegt das?

Die Schwerpunkte wurden falsch gesetzt, und es fehlt das Geld.

Sie regieren bald 15 Jahre. Wann wird Wien von einer Bürgermeisterin regiert werden?

Wenn sie gewählt wird. Mir macht das Amt noch Spaß. Ich werde mein Arbeitsleben nicht als Bürgermeister beschließen.